

Freie Presse

Einzelpreis: 0,90 €
Verlag und Redaktion
09111 Chemnitz
Brückenstraße 15
Tel. 03 71/65 60

Montag
27. Dezember 2004
42. Jahrgang
Nr. 302
F 8999 A

CHEMNITZER ZEITUNG

LOKALES

Feiertage im Familienzimmer

Chemnitz. Zu den neuen elternorientierten Angeboten in der Chemnitzer Frauenklinik gehören Familienzimmer. Dort kann der Vater mit der jungen Mutter und dem Baby die Kliniktage gemeinsam verbringen. Für die junge Familie gibt es dabei Anleitung für die Pflege des neugeborenen Kindes. —Seite 11

„Bully“ Herbig und Otto holen Gäste ins Kino

Limbach-Oberfrohna. Als Zuschauer magnet haben sich auch im Apollo-Lichtspielhaus im zu Ende gehenden Kinojahr die deutschen Filmproduktionen erwiesen. Kinoboss Günther Richter kann 2005 einen dritten Mitarbeiter einstellen. Am Freitag zählte sein Haus 150 Gäste zur Weihnachtsfeier. —Seite 17

BEILAGE

Die Theater-Zeitung für den Monat Januar

Chemnitz. Das volle Programm für den Monat Januar bietet die heutige Theater-Zeitung, die dieser Ausgabe beiliegt. Sie gibt einen Überblick über alle Premieren und Termine von Schauspiel, Musiktheater und Konzerten in Annaberg-Buchholz, Chemnitz, Freiberg, Plauen, Zwickau, Hof und Bad Elster.

SACHSEN

Keine Feiertagsruhe in den Behörden

Chemnitz. Noch bis zum 30. Dezember können Hartz-IV-Anträge gestellt werden. Die Ämter haben zwischen Weihnachten und Neujahr meistens zu den üblichen Zeiten geöffnet. Noch zehn Prozent der Sachsen, die Anspruch auf Arbeitslosengeld II haben, beantragten es bisher noch nicht. —Seite 2

RATGEBER

Bei Nichtgefallen ist Umtausch Kulanzfrage

Chemnitz. Wenn am Heiligen Abend geschenkte technische Geräte nicht funktionieren, ist das zwar ärgerlich, aus rechtlicher Sicht aber kein Beinbruch. Innerhalb von zwei Jahren ab dem Kauf darf reklamiert werden. Gefallen die Gaben jedoch nicht, besteht beim Händler keine Pflicht zur Rücknahme.

WETTER

Es ist überwiegend stark bewölkt und immer wieder fallen Regen- oder Schneeschauer, o bis 4 Grad. —Seite 10: Wetterkarte

SERVICE-CENTER

Montag – Freitag: 6.00–18.00 Uhr
• telefonische Anzeigenannahme
• Fragen zum Abonnement
• Anmeldung zum Internetzugang

Freie Presse
gebührenfreie Service-Hotline:
0800 80 80 123
E-Mail: service@freiepresse.de
Internet: www.freiepresse.de/service



Riesenwellen hinterlassen Spur des Todes

Offenbar weit über 10.000 Tote nach schwerem Seebeben in Südostasien – Kaum Angaben zu deutschen Touristen – Mehrere Hotlines geschaltet

Colombo/Berlin. Riesige Flutwellen nach einem gewaltigen Erdbeben haben gestern in Südostasien mehr als 10.000 Menschen in den Tod gerissen. Darüber hinaus gab es in rund zehn Ländern der Region zehntausende Verletzte und Millionen Obdachlose. Politiker und Hilfsorganisationen aus aller Welt reagierten mit Bestürzung und spontanen Hilfsangeboten. Nach Angaben von Reiseveranstaltern hielten sich zum Zeitpunkt der Katastrophe gestern Morgen auch rund 6000 deutsche Urlauber in der Region auf. Angaben über Opfer unter ihnen lagen gestern noch nicht vor – lediglich in Thailand soll ein Deutscher verletzt worden sein.

Das erste Beben unter dem Meeresboden vor Sumatra hatte nach seismologischen Messungen eine Stärke von 8,9 und war damit das gewaltigste seit 1964. Nach einer zweiten Erschütterung der Stärke 7,3 nahe einer indischen Inselgruppe im Golf von Bengalen weitete sich die Katastrophe bis nach Sri Lanka und Südindien aus. Allein dort kamen fast 7000 Menschen ums Leben. Auch Indonesien, Malaysia, Thailand und Bangladesch meldeten Todesopfer.

Das Auswärtige Amt in Berlin hat für Angehörige möglicher Opfer in der Katastrophengebiet eine Hotline geschaltet und einen Krisenstab gebildet. Dass sich in der Katastrophengebiet mehr als 6000 deutsche Urlauber aufhalten, bestätigte gestern Abend ein Sprecher des Auswärtigen Amtes der „Freien Presse“. Über Tote und Schwerverletzte könne das Amt noch keine Angaben machen. Es lägen noch keine bestätigten Informationen über mögliche Opfer unter den deutschen Urlaubern vor.

„Die Nachrichtenlage ist sehr schwierig“, sagte der Sprecher. Er empfahl besorgten Angehörigen, neben der Hotline des deutschen Außenamtes auch die von Reiseunternehmen und Fluggesellschaften geschalteten Notnummern zu wählen, um von dort Auskünfte zu er-



Riesige Flutwellen haben gestern auch an den Stränden Indiens eine Spur des Todes und der Zerstörung hinterlassen. Allein an der Ostküste Südindiens nahe der Stadt Madras sollen laut Regierungangaben mindestens 390 Menschen getötet worden sein. —FOTO: BABU/RTT

langen. Mitarbeiter der Unternehmen würden in den Botschaften und Konsulaten vor Ort mit den deutschen Diplomaten eng zusammenarbeiten.

Die deutschen Reisekonzerne Thomas Cook, Rewe Pauschalistik und TUI sagten alle für die nächsten Tage geplanten Reisen in die besonders betroffenen Gebiete auf den Malediven, in Sri Lanka und der thailändischen Ferieninsel Phuket ab. Thomas Cook stoppte die für

gestern und heute angesetzten Flüge mit rund 1000 Passagieren, teilte ein Sprecher mit. TUI sagte alle Flüge bis zum 31. Dezember ab, alleine gestern und heute wollten rund 200 Reisende in die Region fliegen. Auch Rewe stoppte bis einschließlich heute alle Flüge in die betroffenen Gebiete. Die Veranstalter bieten zudem an, die bis zum Jahresende gebuchten Reisen kostenlos zu stornieren oder umzubuchen. Thomas Cook und TUI wollten leere Flug-

zeuge nach Thailand, Sri Lanka und auf die Malediven schicken, um Urlauber zurückzuholen. Inwieweit eine Evakuierung der Urlauber möglich ist, sollte nach Angaben des Deutschen Reisebüro und Reiseveranstalter Verbandes aber noch geprüft werden. So war beispielsweise der Flughafen auf den Malediven gesperrt.

Bundespräsident Horst Köhler und Bundeskanzler Gerhard Schröder zeigten sich tief betroffen von

dem Ausmaß der Katastrophe. Schröder sagte den Ländern die Unterstützung Deutschlands zu. (ap/epd/afp/hwp)

HOTLINE
Auswärtiges Amt in Berlin:
030-5000-1000
Reiseveranstalter Thomas Cook:
01803-100-380
Reiseveranstalter TUI:
0511-567-8000

—Seite 3: Bericht

Papst fordert verstärkte Friedensbemühungen

Kirchenoberhaupt spricht vor allem Konflikte in Nahost und Afrika an

Vatikanstadt. Papst Johannes Paul II. hat zu verstärkten Friedensbemühungen im Nahen Osten und in Afrika aufgerufen. In seiner Weihnachtsbotschaft beklagte er am ersten Weihnachtstag auf dem römischen Petersplatz „Formen grassierender Gewalt, die Ursache unbeschreiblicher Leiden sind“. In Anwesenheit von zehntausenden Gläubigen spendete er anschlie-

ßend den traditionellen Segen „Urbi et orbi“.

Angesichts der Konflikte in Israel, im Irak, der Elfenbeinküste sowie im Kongo forderte das Kirchenoberhaupt einen stärkeren Willen, nach friedlichen Lösungen zu suchen. „Überall braucht es Frieden“, mahnte der Papst. Bei „zahlreichen Spannungsherden, die sich zu offenen Konflikten auszuweiten drohen“, gelte es, der Gewalt vorzubeugen. Politiker in Nahost und in Afrika müssten in ihren Friedensbemühungen die „berechtigten Bestrebungen der Menschen und Völker“ nach Eigenständigkeit achten.

In der Mitternachtsmesse hatte der 84-Jährige zuvor Christus um Hilfe für „die gesamte Menschheit, die von Prüfungen und Schwierigkeiten gezeichnet ist“, angerufen. Die anderthalbstündige Christmette im bis auf den letzten Platz gefüllten Petersdom wurde in 72 Länder übertragen. Der vom Alter und der Parkinson-Krankheit gezeichnete Papst erschien dabei in relativ guter Verfassung und sprach anders als bei anderen Gottesdiensten in den letzten Jahren die Predigt vollständig selbst. Viele der zehntausend Messteilnehmer hatten wegen verstärkter Sicherheitskontrollen mehrere Stunden an den Zugängen zur Basilika Schlange gestanden. (epd)

—Seite 4: Bericht und Leitartikel



Vor zehntausenden Gläubigen sprach der Papst seinen traditionellen Segen. —FOTO: PLINIO LEPR/AP

Juschtschenko nach Umfragen klar vorn

Kiew. Bei der Wiederholung der Präsidentenstichwahl in der Ukraine zeichnete sich gestern Abend nach ersten inoffiziellen Trendmeldungen ein klarer Sieg für Oppositionsführer Viktor Juschtschenko ab. In allen Wählerbefragungen liegt Juschtschenko deutlich in Führung. Der Vorsprung vor dem Regierungskandidaten und bisherigen Ministerpräsidenten Viktor Janukowitsch beträgt demnach mindestens 15 Prozentpunkte. Alle Institute sehen Juschtschenko mit 56 bis 58 Prozent vorn, Janukowitsch kam auf 38 bis 41 Prozent. Beobachter meldeten keine massiven Unregelmäßigkeiten. (ap/afp)

—Seite 4: Bericht

Hartz IV: Sachsen rechnet mit weiterer Klageflut

Sozialgerichte werden zu Jahresbeginn personell aufgestockt

VON JANET GRUND

Chemnitz. Die sächsischen Sozialgerichte werden wegen der zum 1. Januar in Kraft tretenden Hartz-IV-Gesetze personell aufgestockt. Die Zahl der Richter an den vier Gerichten soll nach Auskunft des sächsischen Justizministeriums um sechs auf 103 steigen. „Wir rechnen mit einem weiteren Anstieg der Klagen“, sagte der Präsident des Chemnitzer Sozialgerichtes, Thomas Clodius, der „Freien Presse“. Im Gesetz,

das die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe regelt, gebe es noch viele unbestimmte Rechtsbegriffe. Diese müssten durch die Rechtsstreitfragen geklärt werden. Er geht davon aus, dass vor allem die Angemessenheit von Vermögens Streitfragen aufzuwerfen werde. „Das reicht vom Auto bis zur Immobilie“, prognostizierte Clodius.

Die Sozialgerichte kämpfen seit zwei Jahren mit einer Klageflut. Grund sind die Einschnitte im Arbeitslosenrecht. —Seite 5: Bericht

Neuer Anlauf zur Föderalismusreform verlangt

Oberster Verfassungsrichter für verlängerte Wahlperiode und Zusammenlegung von Bundesländern

Berlin. Der oberste deutsche Verfassungsrichter fordert nach dem Scheitern der Föderalismuskommission einen zweiten Anlauf zur Neuordnung der bundesstaatlichen Ordnung mit weiter gesteckten Zielsetzungen. Hans-Jürgen Papier sprach sich über Weihnachten für grundlegende veränderte Strukturen aus.

Das vorläufige Scheitern der Föderalismusreform zeige, „dass dieser Staat nicht in hinreichendem Maße steuerungs- und reformfähig ist“, sagte Papier. Es müsse die Frage angegangen werden, wie die Bundes-

länder vor weiteren „Auszehrungen ihrer Zuständigkeiten und ihrer Kompetenzen“ geschützt werden könnten, sagte Papier mit Blick auf Europa. Es werde dabei nicht ausreichen, ihnen einzelne Kompetenzen zu übertragen. Sie sollten vielmehr aus sich selbst heraus lebensfähig sein. Papier befürwortet zudem, die Wahlperiode des Bundestages von vier auf fünf Jahre zu verlängern. Die kurzen Legislaturperioden seien ein „wichtiger Grund für die eingeschränkte Steuerungsfähigkeit unseres Gemeinwesens“.

Auch Bundestagspräsident Wolfgang Thierse (SPD) fordert einen entschlossenen Neuanfang. Er sieht Bund und Länder in einer „gesamtstaatlichen Verantwortung“.

Unterdessen geht auch die Diskussion um die staatlichen Zuständigkeiten für Bildung weiter. An dieser Frage war die Föderalismuskommission gescheitert. So plädiert der Rektor der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Klaus Dicke, dafür, die Verantwortung für den Hochschulbau in den Händen von Bund und Ländern zu belassen. (ddp)